



# Neue Zürcher Zeitung

**archiv.nzz.ch**

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

---

## Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

### **Neue Zürcher Zeitung vom 17.10.1891 Seite a1**

*NZZ\_18911017\_A1.pdf*

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:  
[archiv.nzz.ch/agb](http://archiv.nzz.ch/agb)

Antworten auf häufig gestellte Fragen:  
[archiv.nzz.ch/faq](http://archiv.nzz.ch/faq)

Kontakt:  
[leserservice@nzz.ch](mailto:leserservice@nzz.ch)

# Neue Zürcher-Zeitung

**Abonnementspreise:** 3 Monate. 6 Monate.  
 Die Zeitung (wenn die Zeitung abgeholt wird) St. 4. 50 St. 8. 50  
 Schweiz (Einsendung beim Postamt) St. 6. 50 St. 11. —  
 Österreich & Ungarn (Einsendung beim Postamt) St. 6. 50 St. 11. —  
 übrige Staaten des Weltpostvereins St. 11. 50 St. 22. —

Redaktionsbureau: Brunnengasse Nr. 2.

und schweizerisches Handelsblatt.

**Insertionspreise:**  
 Der einseitige Zeile oder deren Raum für die Schweiz 50 Cts. für das Ausland 60 Cts.  
 Social-Anzeige 20 Cts. (vgl. Finanz, Anzeigen), Redaktionen Nr. 1. — der Zeit.  
 Mehrerlei Inseraten-Annahme bei  
 —————  
 Annoncen-Expedition für alle schweizerischen und ausländischen Zeitungen  
 Järis, Schiffstrasse 32.

## Artikel 39.

Warum soll der bisherige Banknotenartikel der Bundesverfassung durch einen andern ersetzt werden? Um dem Bunde das Recht zu geben, das Banknotenmonopol einzuführen, was ihm der jetzige Artikel 39 verbietet.

Vor kaum zwei Jahrzehnten galt es durchaus nicht wie jetzt als selbstverständlich, dass man Banknoten an Zahlung gab und nahm. Es lief noch ziemlich viel Gold im Lande um, das man von den Banken in beliebigen Beträgen ohne Aufgeld erhielt. Die Preise wurden vielfach in ganzen und halben „Napoleons“ ausgedrückt und in solchen meist auch bezahlt. Namentlich der Landmann füllte seine „Kasse“ oder die zum Verkauf verarbeitete Schweineblase mit Schillingen und Stöck mit blanken „Napoleons“ und harten Fünflibern, die er nicht auf ihren Werth zu prüfen brauchte und für welche alles in der Welt zu haben war.

Es waren noch äußerst wenig Banknoten vorhanden. Zu Beginn der sechziger Jahre betrugen die Emissionen in der ganzen Schweiz zusammen 12 Millionen Franken. Anfangs der sechziger Jahre taum 20 Millionen — heute besitzen unsere drei Dutzend Emissionsbanken das Recht zur Ausgabe von über 180 Millionen in Banknoten. Auch die jüngere Generation erinnert sich der Zeiten, wo eine Banknote, eine St. Galler, eine Genfer Note in Zürich kaum angingen, war, wo man andere schweizerische Noten nur mit nicht unerheblichem Verlust bei den Banken verkaufte. Wie sehr haben die Zeiten sich geändert! Das Gold ist fort, man darf keinem Menschen mehr zumuten, zehn Fünflerstücke mit sich herumzutragen und auch der kleinste Mann steckt die Banknote mit der gleichen Zuversicht zu sich, wie ehemals gemünztes Geld, sie geht als solches von Hand zu Hand, sie wird dem Gelde vollständig gleichgestellt, mag die Theorie noch so scharf unterscheiden. Diese Verhältnisse sind an sich nicht ungesund, sie sind in der ungeheuren Entwicklung des Verkehrs begründet, der das so und sovielfache von ehemals umsetzt und viel größere Summen in Fluss bringt, der an die Stelle der Geldwirtschaft die Kreditwirtschaft gesetzt hat.

Es ist die Pflicht des Staates, soviel als möglich dafür zu sorgen, dass das grenzenlose Vertrauen, welches heute in die Banknote gesetzt wird, niemals und in keinem Falle zu Schanden werde. Diese Pflicht ist in der Bundesverfassung von 1874 im Art. 39 anerkannt worden, welcher uns das Banknotenmonopol von 1881 gebracht hat. Dieses verbot unzweifelhaft viel Gutes zu schaffen; es brachte einige Ordnung in den früheren Wirrwarr, aber am meisten hat es dadurch genützt, dass die Unhaltbarkeit unserer jetzigen Verhältnisse erkennen ließ. Es ist der Versuch gemacht worden, durch Revision dieses Gesetzes einen kleinen Schritt vorwärts zu kommen, allein man erkannte während der Arbeit, dass nur ein entscheidender, kräftiger Schritt zum Ziele führen kann.

Wer vermag sich ein Bild von den Zuständen zu machen, welche entstehen müssten, wenn es sich eines Tages zeigte, dass die Theorie Recht hat, dass

die Banknote eben kein Geld ist? Wenn in schwierigen Zeiten, worunter man sich nicht nur einen Kriegsfall zu denken braucht, niemand mehr Noten annehmen möchte und die Banken dieselben nicht eintauschen könnten? Wenn das Vertrauen, die Grundlage unserer Kreditwirtschaft, schwinden sollte und wir für längere oder kürzere Zeit um einige Jahrzehnte zurückverlegt würden? Wer den Gedanken auspinnt, wird mit bangen Ahnungen erfüllt und erkennt die Nothwendigkeit, dem Lande Mittel und Organe zu geben, welche das Unheil abzuwenden oder doch möglichst zu mildern im Stande sind.

In unserer Banknotenvielheit besitzen wir diese Mittel. Wie die moderne Technik ihren Ruhm in der Verhinderung der Krankheiten sucht, mag die Finanzkunst nahende Uebelstände und Krisen im Geldmarkt voraussehen und ihren Wirtungen zu begegnen sich vorbereiten. Ein berathendes Organ hat die Schweiz nicht. Wohl haben wir einige größere, wohlgeleitete Banken, welche nach den Regeln der modernen Banktechnik arbeiten und auch gegen ihre unmittelbaren Interessen zu handeln den Muth haben, aber sie beherrschen alle doch nur ein kleines Gebiet mit verhältnissmäßig geringen Mitteln und ihre Maßregeln werden von der Sorglosigkeit und der Schmarogerhaftigkeit der Kleinen zu nichte gemacht.

Nur in der Schweiz ist es möglich, dass am gleichen Tage eine Notenbank den Diskontofuss erhöhen, eine andere ihn herabsetzen kann. Das ist eine Illustration der Feinfähigkeit unserer Banken für die Bewegungen im Geldmarkt.

Eine Krise fände uns also unvorbereitet, und mit der Herrlichkeit der schweizerischen Emissionsbanken wäre es sofort aus. Keine vermögste dem Anprall zu widerstehen, keine den Bedürfnissen des Augenblicks gerecht zu werden und diesen wohlgerüstet entgegenzutreten heißt fast so viel als die Krisis überwinden. Der erste Moment ist entscheidend. Unsere Banken verfügen zum Theil wegen der unheilvollen Verquickung aller möglichen Geschäftszweige, zum Theil aber auch wegen ihrer, übrigens begründeten, Einnahmenviel über viel zu wenig verfügbare Mittel. Ihrer (abgesehen von der Notenbedeckung) verfügbaren Baarhaft in der Höhe von etwa 20 Millionen stehen kurzfristige Schulden gegenüber, welche in die Hunderte von Millionen gehen. Wenn eine Panik eintreten sollte, werden nicht etwa nur die Noteninhaber zu den Kassen eilen, sondern auch (und vielleicht zuerst) die vielen Tausende von Sparfasseinsparern und Kontofortgehaltnern, wie man dies neulich im Tessin im Savingsbankhandel wieder erlebt hat. Die Notenbanken sind ohne Zweifel solide, aber für die heutigen Anforderungen des Verkehrs viel zu unbeweglich. Mit ihren Hypotheken und Werthpapierten, mit ihren vielen Lombardwechseln vermöchten sie die Noth der schweren Zeit nicht zu beseitigen, sondern nur mit barem Gelde, welches im kritischen Augenblick nirgends aufzutreiben wäre. Vereinzelt, wie sie sind, müsste jede bald den Kampf aufgeben; in Eins zusammengefasst, werden sie die erwünschte wirtschaftliche Macht und Vorsehung sein. Und diese schaffen wir uns mit dem Banknotenmonopol.

Doch wir rüsten nicht auf den Krieg, nur um

im Kriege gerüstet zu sein, die Kämpfungen sollen auch im Frieden Früchte tragen.

So sehr die Produktionskraft der Schweiz gewachsen ist, so sehr ihr Handelsverkehr zugenommen hat, so sehr ist sie auf dem Gebiete des Geldverkehrs zurückgeblieben. Die sich hieraus ergebenden Mängel werden lebhaft empfunden. Wir erinnern nur daran, wie wohlthätig die Kreditübertragungen der deutschen Reichsbank auf dem Platz und von Platz zu Platz wirken. Das Schwere ist in der Schweiz bei kleinen Anfängen stehen geblieben, unsere Banken vermögen dessen Entlohnung nicht zu fördern, man mag die bestehenden Gesetze gestalten wie man will.

Eines Punktes sei hier noch gedacht, der unsere Grachts viel zu stark in den Hintergrund gedrängt wird. Der Zeitpunkt ist vielleicht nicht mehr fern, da unser Land in die Umgestaltung seiner Währung verantraten muss. Wer die Vorgänge auf dem Geldmarkt in den letzten Jahren verfolgt hat, muss zur Ueberzeugung gekommen sein, dass eine Reform ohne die Hilfe einer starken Bankanstalt beinahe ein Ding der Unmöglichkeit sein dürfte. Auf alle Fälle wird sich die Sache viel rascher und leichter machen, als wenn unsere Staatsverwaltung auf sich selbst oder auf die Mitwirkung dieses Bankensonglomerats angewiesen wäre.

Durch das bestehende Monopolverbot sind dem Bund die Hände vollständig gebunden. Wir wollen ihm mit dem Monopol die Freiheit des Handelns geben. Nach sichhabenden materiellen Vorteilen haben wir dabei kein Verlangen. Höher als alle Sonderinteressen stellen wir die vermehrte Wohlfahrt und größere Sicherheit des Landes in allen Wechselfällen. Das ist der einzige Gewinn, nach dem wir trachten.

## Kantone.

### Zürich.

(Korr.) Am 15. N. fand in der „Einde“ in Dörfstrasse eine von der Arbeitervereine veranstaltete Versammlung statt, in welcher Refektor Seidel über den Zolltarif und Nationalratsschöppel über das Banknotenmonopol sprechen sollten. Seidel sprach nur anderthalb Stunden über sozialdemokratische Ziele und midmete nur etwa zehn Minuten dem eigentlichen Gegenstand. Da der Vortrag zu viel Zeit in Anspruch nahm und die falschen Behauptungen einer energischen Disposition riefen, wurde die Behandlung des zweiten Punktes verunmöglicht.

Zur Kennzeichnung der Waffen, mit welchen eine Sache, zu der selbst kein Vertrauen hat, versehen werden kann, wollen wir uns Benignes aus Seidels Vortrag erinnern. Er stellt Arbeiter und Arbeitgeber, Klein- und „Großbauern“ einander gegenüber, wie wenn sie in Zollfragen entgegengegesetzte Interessen hätten; er wurde nachher gründlich widerlegt. Ferner nennt er die Fülle eine kleine indirekte Steuer, die vornehmlich den kleinen Mann drücke; es wurde aber bewiesen, dass die Fülle gegen Schuldschulden ganz andere Ziele verfolgen, die der Landesproduktion, der nationalen Arbeit zu gute kommen, dass die notwendigen Lebens- und Bekleidungsgegenstände nur der letzten Theil der Erhebungen zu tragen haben und dass der Reiche auch hier von weit mehr konsumiert. Dann vergleicht Hr. Seidel den neuen Generaltarif mit dem am 1. Februar ablaufenden Konventionstari-

fen; aber es war fast überflüssig, daran zu erinnern, dass wir ja wieder Verträge abschließen werden mit entsprechenden Konventionen und ein Vergleich vorläufig nur zwischen dem alten und dem neuen Generaltarif möglich ist.

Er sagt, die Bundesbeschlüsse hätten dem Artikel 29 der Bundesverfassung getreulich; es wurde ihm aber unabweislich bewiesen, dass die Zolltarifänderungen nachher, jenen Artikel immer mehr nahe zu kommen. Er findet es erhehrend, dass die Zolltarif-Fremde die Zollpositionen zwischen Konsumenten und Produzenten ausgleichen wollen; er weiß aber, dass er seinen Gegnern mit dieser Darstellung etwas anbietet. Er sagt, unser Parlament verleihe nur die Befugnisse; aber er weiß, dass die Wahlen bei uns absolut frei sind.

Er meint, es gäbe ein Heißes, wenn die Arbeiter fünf Rappen die Stunde Mehrlohn verlangen würden; aber bei 600,000 Arbeitern macht das 90 Millionen Franken und das ist, so gerechtfertigt es auch sei und für sich ist, die niedrigen Löhne zu steigern, keine Kleinigkeit. Er führt die Was-Rentier-Bill an, obwohl zwischen Zoll-erhöhung um 60 Prozent des Wertes und einer solchen von einem halben bis einem Prozent ein gewaltiger Unterschied ist. Er spricht wieder vom verheerenden Petrol, Kaffee, Tabak u.; aber er weiß, dass schon die national-rätliche Kommission am 28. Mai 1890 diese vom Bundesrat vorgeschlagenen Erhöhungen aufgehoben hatte, und dass der nun vorliegende Tarif noch weitere Ermäßigungen enthält.

Er deutet durch Wisnars Beispiel an, dass auch unsere Arbeiter dazu dienen müßten, die Sozialdemokraten zu Paaren zu treiben. Eine hübsche Schmeichelei für unsere Willkürhüter!

Natürlich ist der Schluss: Beseitigung des Zolltarifs durch die Sozialdemokraten!

Die Redner, Prof. Kistler, Julius Zuppinger, Nationalratsschöppel und Landwirthschaftslehrer Fink, welche dem Referenten entgegentraten, mußten sich kurz fassen; und darauf war ja das weisheitsreiche Referat bedacht!

In der Abstimmung unterlag Hr. Seidel mit behebender Mehrheit.

(Eingel.) Die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen in Obergerath scheinen keinen so ruhigen Verlauf nehmen zu wollen wie in den meisten andern Gemeinden. Dem Ansehen des liberalen Vereins an den Vorstand des demokratischen Vereins, eine gemeinsame Liste aufzustellen in dem Sinne, dass den Demokraten und Arbeitern drei und den Liberalen vier Vertreter zukommen sollten, wurde nicht entsprochen.

Die Folge hiervon war, dass die Versammlung des liberalen Vereins eine besondere Liste aufstellte, auf welcher indessen Vertreter der verschiedenen politischen Parteien stehen. Die Vorstände lauten: Dr. Panimann-Seib, Dr. Zollart, Friedensrichter, Major Hebert, Chef des statistischen Bureau, Dr. J. Stöckli, Schulamtslehrer, und Nationalratsschöppel.

Wie bestimmt verurteilt, beabsichtigen der demokratische Verein und der Arbeiterverein den Liberalen gar keine Vertretung einzuräumen.

Wir bemerken, als die Wählerchaft dieses einseitige, höchst ungerechte Vorgehen genannter Vereine billigen werde.

## Appenzel A.-Rh.

(Korr.) Seit einer Reihe von Jahren hat der Viehstand in unserem Kanton in Folge allmählicher Verarmung unserer bäuerlichen Bevölkerung in bedenklichem Maße abgenommen. Eine große Zahl von Bauern ist nicht im Stande, Vieh zu halten und es müssen die Vertriebenen ihre Arbeit lediglich auf die Bodenkultur und die Ein-

## Fenistleton.

Regula Keller.

Der achtzehnte Jahrgang der „Deutschen Rundschau“ führt sich in der Schweiz so vorzüglich als möglich ein, indem sie in einer Nummer zwei Beiträge von Schweizer Schriftstellern bringt: an der Spitze die neueste Novelle Konrad Ferdinand Meyers: „Angela Borgia (erste Hälfte)“, von welcher wir besonders Theil erhalten werden, sobald sie vollständig vorliegt; ferner einen großen Aufsatz „Erinnerungen an Gottfried Keller von Adolf Frey (erste Hälfte)“. Indem wir dem letzteren einen Abschnitt entnehmen, bekennen wir unsere Verlegenheit den richtigen auszuwählen, da die ganze Aufsatzreihe ein wunderbares Füllstück des Mittelalters von fortwährender Trefflichkeit darstellt, selbst von Keller'schen Werken befreit, so daß wir, wenn wir auch als Probe wählen müßten, zu Bedauern erkennen, daß die Stücke, die wir nicht mittheilen können. In dieser Beziehung gab der Gesichtspunkt die Entscheidung, etwas einmüthigen Selbstbekenntnis aufzuführen; aus diesem Grunde und nur aus diesem Grunde benutzten wir die Schilderung des Verhältnisses zwischen Bruder und Schwester. Adolf Frey schreibt:

„Als ich auf dem Wärfel eines Tages bei Gottfried Keller saß und mir schon einen recht erhellenden Blick auf den Zusammenhang hatten, ging die Thüre leise und lang-

sam auf. Darunter erschien die Fräulein Regula Keller und sagte ganz mit der verbindlichen Stimme ihres Bruders: „D, was habt Ihr da für einen Rauch! Macht doch die Fenster auf!“ Der Herr Mit-Staatschreiber hob den gekrümmten Kopf um ein Weniges, die Augen aber nicht, und erwiderte trocken: „Wir machen dann schon auf, wenn wir erlösen.“

„Sie war an Haltung, Gang, Antlitz und Geberden dem Väter ähnlich, nur fehlte ihr sein schöner Mund, und der starke Unterkiefer war etwas vorgebogen. Sie theilte mit ihm den schweren, langamen Ausfluß der braunen Augen und das eigenthümliche Fächeln, das in den Mundwinkeln anhub und wie ein fasses Leuchten über das ernste Gesicht hinauszuglänzte. Sie mochte übrigens in ihrem Leben gar viel mehr sorgenvoll gelebt, als gedacht haben, denn ihre Tage waren nicht eben sonntags gemessen. Während der Wägenjahre half sie der Mutter das kümmerliche Hauswesen besorgen, dann verlegte sie sich auf die Schneider- und Handweberei, als eine fleißige und tüchtige Meisterin ihres Handwerks, die allmählich großen Ruhm gewann und über ein ganzes Trüppchen von Bekleideten gebot, so daß sie nicht nur sich und die Mutter durchbrotete, sondern auch dem Bruder beistehen konnte, dem sie jeden Morgen zu kommen ließ, welchen sie zu erdulden vermochte. Als Keller, arm wie eine Kirchenmaus, von Bern zurückkehrte, fand er bei ihr Unterwelt, wie später umgekehrt Schwester und Mutter zu ihm in die Arbeitswohnung zogen, nachdem er „der Herr Staatschreiber“ und ein geborener Mann geworden. Nun hing sie Edders und Edders an dem Nagel und führte ihm bis an ihren Tod die Haushaltung in unabweiglicher Weise, wie es verstand und mußte, und nach ihrem Tode; so lange sie sich auf

den Beinen halten und regieren konnte, kam keine Woge in's Haus, höchstens eine kleine Ausbülse.

„Sie ging dabei mit der geringsten Woge gekleidet oder noch unansehnlicher; denn sie, die Hunderte gewandelt hatte, hielt nicht viel auf die eigene Ausstattung, noch gegen sie ihrem Gottfried nachdrücklich für Kleider und einen ansehnlichen Vorrath der schönsten Wäsche sorgte.

„Sie war der Bruder ohne seine hervorragenden Gaben, aber auch ohne seine Schwächen. Wenigstens als Tochter eines unentwickelten, fleißigen Handwerkers mit geringer Schulbildung ausgestattet, vermügte sie sich gerne an Büchern und besaß, wie der Väter, einen ausgeprägten Naturismus. So oft es Wetter und Hausgeschäfte erlaubten, wollte sie in dem zur Staatsfreiheit gehörigen Garten und legte sich später, als das Wägen die Staatswohnung verlassen, mit Vorliebe unter das grüne Dach irgend eines Hauses, um sich in's Land hinauszuwenden. Ein geliebter Bruder, dessen Innere von Meister Gottfried's bühnenförmigen Angelegenheiten blieb ausgeschlossen; aber sie trug ihm zweifelhafte manchen charakteristischen Zug zu, da sie sich, ohne selber viel zu sagen, mit weiblicher Neugier um die Historien und Geheimnisse ihrer Bekannten und Anderer kümmerte. Sie las seine Sachen, jedoch ohne Eile, und wartete, bis sie jemals gedruckt und eingebunden vorlagen. Liebergrün erob sie Klage, daß sie der Bruder im „grünen Heinrich“ unterdrückt und ihre Erstlings ignorirt hatte.

„Die Beiden führten ein einträchtiges Leben, indem Jedes den Besonderen des Andern den möglichsten gemeinsamen Spielraum gönnte. Wenn Gottfried Abends ausging, so blieb sie gewöhnlich bis tief in die Nacht auf, um dem Heimkehrenden in einem an eine Schür gebun-

denen „Finken“ — so heißen in der Schweiz die aus Stoffresten geflochtenen Hauschuhe — den Hauschlüssel hinunter zu lassen. Indessen gab es Fragen, wo sie nach ihrem Gutdünken entschied und allen Stimmen des andern Theils festhaft stand hielt. In der Schule eines künftigen Lebens paratam geworden und die Kunst immer weiter ausbildend, kämpfte sie mit den Gemüthsweibern und dem Fleißer, wie weiland ihre Mutter, die Frau Lee im „grünen Heinrich“, nur mit etwas mehr Ausdauer und Ehrfurcht; aber diese Sparfamkeit besetzte zur Zeit der ersten Dienstjahre die finanzielle Lage des Staatschreibers, der zwar nicht weniger als ein Fleißiger, aber auch nicht sein Fortschritt war. Am Vornach und sonst ließ sie ihm nichts abgehen, außer daß sie ihm über jene Ephele vom Tische verbannte, wie sehr sie sich auch bemühen mochte.

Liebergrün war Keller ein tüchtiger Eifer, der Hunger und ungenügende Entlohnung — bis zum Staatsbediente keine seltene Sache — bei seinem gekrümmten Magen schwer empfand und in einer stillen aber allseitigen Geduld stielte aus beherrschte. Beim schweren Kaffee forderte ein Bekannter: „Ach, Herr Staatschreiber, heute kommt tag, bei dem herrlichen Wetter, haben Sie gewiß etwas recht Schönes und Poetisches geschrieben!“ — „D, ja“, erwiderte er trocken, „ich habe einen großen Löffel voll Einfemach!“ Nicht umsonst wird in seinen Werken so oft und so gut geschmaust, und man fühlt wohl, mit welchem Behagen der Verfasser das ledere Wort des Schmeichlers strapazieren auftragen und verschlucken läßt.

„Unter den Bekannten wünschte einer die brüderliche Anerkennung durch eine poetische Urkunde bekräftigt zu sehen und stellte an den Dichter die Forderung: „Herr Staatschreiber, Sie sollten doch einmal ein Gedicht au-

\*) Deutsche Rundschau. Herausgegeben von Julius Rosenberg. Verlag G. Reimer in Berlin. 18. Jahrgang. 1. Heft. Oktober 1891.